

Netzwerk

für eine kämpferische und demokratische



Verhandlungsergebnis Landesbeschäftigte Berlin

Nein zu diesem Abschluss!

Streiken für wirkliche Verbesserungen!

Ver.di sagt zu diesem Ergebnis: „Eine ganze Reihe von Erwartungen, Wünschen und Teilzielen finden sich in diesem Ergebnis nicht wieder.“ Das ist stark untertrieben. Denn für die Beschäftigten bedeutet dieser Abschluss eine weitere Minusrunde. Dafür wurde nicht gestreikt. Dieses Tarifergebnis ist schlichtweg abzulehnen.

- Bis zum 1. August 2011 gibt es keine Tabellenerhöhung. Ab 1. August gibt es eine Erhöhung von 3,1%. Doch damit sind die Einkommen der Berliner Beschäftigten noch immer weit abgehängt.
- Zudem soll dann die Arbeitszeit auf 39 Stunden Ost/West „vereinheitlicht“ werden. Für die Westbeschäftigten heißt das eine halbe Stunde länger zu arbeiten als vor dem Absenkungstarifvertrag – das entspricht einer Lohnsenkung von 1,3 Prozent. Es wird nicht darüber geredet, dass die Arbeitszeit gegenüber dem jetzigen Stand um vier Stunden verlängert wurde. Das bedeutet aber in der Konsequenz, dass der Senat nun dadurch weiteren Stellenabbau betreiben kann. Im Doppelhaushalt 2010/2011 ist die Vernichtung von 8000 Stellen vorgesehen. Heißt die Arbeitszeitverlängerung nun, dass der Senat einen weiteren Personalüberhang feststellt und noch mehr Stellen abbaut? Anstatt eine Arbeitszeitverlängerung zu akzeptieren, wäre es notwendig, mit der Forderung nach einer 35 Stundenwoche für alle mit vollem Lohnausgleich zu antworten, damit Stellenabbau komplett verhindert wird.
- Die ganze Vereinbarung mit stückchenweiser Angleichung der Einkommen auf das bundesweite TV-L Niveau soll sich über sieben Jahre erstrecken. Das dürfte einen Rekord für die Laufzeit einer Tarifvereinbarung darstellen. Die Rückkehr des Senats in die Tarifgemeinschaft der Länder im Jahr 2011 bleibt dabei eine reine Absichtserklärung. Geschieht das nicht, so sind auch diese Angleichungen an die allgemeinen Tarifierhöhungen ab 2012 nicht sicher.
- Das heißt: Auf der einen Seite gibt es eine Überleitung in das (im Vergleich zum BAT) schlechtere Tarifrecht TV-L. Auf der anderen Seite soll es eine Angleichung an bundesweite Lohnerhöhungen, wenn überhaupt, erst in sieben Jahren geben. Bis dahin kann es aber sein, dass weitere Sparbeschlüsse des Senats gegen die Beschäftigten gefällt werden.
- Die Verschlechterungen durch den TV-L sind zum Beispiel: anstatt Weihnachts- und Urlaubsgeld gibt es eine geringere Jahressonderzahlung. Die Übergangsregelungen für Altbeschäftigte, des TVÜ-Länder zu diesen Jahressonderzahlungen sollen für Berlin nicht gelten. Das heißt, die Verluste gelten in Berlin auch für die Altbeschäftigten. Weitere Verschlechterungen im TV-L sind: Wegfall von Bewährungsaufstiegen, Wegfall von Kinderzulagen, Schlechterstellung bei Stellenwechsel etc. Insgesamt bedeutete die Einführung von TV-L und TVÖD eine Absenkung des Tarifniveaus im öffentlichen Dienst. Für die Beschäftigten in Berlin

Ver.di Berlin sagt, auf dem Verhandlungswege seien alle Möglichkeiten ausgeschöpft worden. Das ist sicher richtig. Ein besseres Ergebnis kann nur erreicht werden, wenn mobilisiert wird. Wäre es möglich einen erfolgreichen Arbeitskampf zu führen? Das Netzwerk ist der Meinung ja. Allerdings muss dann eine andere Strategie her:

Geld ist genug da – nur in den falschen Händen

Laut Berechnungen der Allianz ging das Geldvermögen in Deutschland durch die Finanzmarktkrise im Jahr 2008 um 110 Milliarden zurück. Es betrug Ende 2008 aber immer noch 4,49 Billionen. Davon besitzt das reichste Zehntel der Bevölkerung fast zwei Drittel. Wenn mit einer Reichensteuer das obere Drittel dieses Vermögens abgeschöpft würde, wären Bund, Länder und Kommunen auf einen Schlag schuldenfrei. Zusätzlich würden 65 Milliarden Euro Zinsen, die die Banken jährlich an Zinsen für die Staatsverschuldung einsacken, eingespart. Damit könnte man Lohnerhöhungen im öffentlichen Dienst, Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich, ein öffentliches Beschäftigungsprogramm, Investitionen in Bildung, Krankenhäuser, öffentlichen Verkehr und Umweltschutz finanzieren.

Eine Vermögenssteuer von 1% ab einem Vermögen von 500.000 Euro würden 16 Milliarden Euro Staatseinnahmen bringen. Die Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf 50 % (ab 90.000 Euro Jahreseinkommen) würde 10 Milliarden bringen. Würde die Körperschaftssteuer für Aktiengesellschaften auf das Niveau vom Jahr 2000 angehoben, würde dies 18 Milliarden mehr Steuereinnahmen bringen. Eine höhere Erbschaftssteuer auf große Vermögen brächte 6 Milliarden

(Alle Zahlen aus der ver.di-Publikation "Genug gespart! Öffentliche Leistungen stärken".)

Es müssen Forderungen aufgestellt werden, die Mobilisierungskraft haben. Lange Zeit war es nur der Senat, der gesagt hat, was er eigentlich fordert. Die ver.di Führung hat nur reagiert. Die reine Orientierung darauf, dass es darauf ankäme, dass Berlin an das bundesweit geltende Tarifrecht TV-L und TVÖD angegliedert wird, ist irreführend. Die Arbeitgeber haben nichts gegen die Einführung des TV-L, denn das bringt ihnen viele Einsparmöglichkeiten. Aber sie meinen, sie schaffen es sogar, doppelt zu sparen, indem sie mit Überleitung zum TV-L gleichzeitig trotzdem ihren eigenen Tarifvertrag machen, und das bis 2017! Das Netzwerk hat

stattdessen einen Forderungskatalog aufgestellt, der tatsächliche Verbesserungen bedeuten würde (siehe Kasten).

Es müssen alle Möglichkeiten genutzt werden, mit Beschäftigten anderer Bereiche gemeinsam zu streiken und auf die Straße zu gehen. Viele KollegInnen waren berechtigterweise empört, als beim Warnstreik der Landesbeschäftigten am 9.2. herauskam, dass am gleichen Tag der ver.di-Landessprecher einen Streik bei der BVG, der durch GdL und GkL organisiert wurde, öffentlich verurteilte! Tatsache ist, dass für die Beschäftigten der BVG am 31.12.09 der Tarifvertrag auslief und ver.di nicht einmal Forderungen aufgestellt hat. So wurde wieder einmal die Möglichkeit vertan, Kämpfe gemeinsam zu führen.

Politisch könnte der Druck auf den Senat enorm erhöht werden. Dafür wäre eine Öffentlichkeitsarbeit und die Organisation von Solidarität auch von Beschäftigten anderer Bereiche notwendig. Schließlich gibt es in Berlin eine so genannte rot-rote Regierung. Was für ein Skandal, dass diese Koalition seit Jahren nun die Vorreiterin für Lohnsenkungen und nun auch noch Arbeitszeitverlängerung spielt! Gerade die Partei DIE LINKE müsste unter Druck gesetzt werden, bei einer solchen Politik nicht mitzumachen und sich stattdessen auf die Seite der Beschäftigten zu stellen.

Statt Annahme des Eckpunktepapiers schlagen wir einen Kampf für mobilisierungsfähige Forderungen vor, wie zum Beispiel:

- ➔ 250 Euro mehr für alle ArbeiterInnen, Angestellte und BeamtInnen auf der Grundlage der ungekürzten BAT-Tabelle
- ➔ 35-Stundenwoche für alle Beschäftigten im Öffentlichen Dienst Berlins bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- ➔ Rücknahme der Kürzungen von 2003 für die Beamten
- ➔ Keine Kürzungen bei Urlaubs- und Weihnachtsgeld, volles Urlaubs- und Weihnachtsgeld für Ostbeschäftigte
- ➔ Keine Übernahme des schlechteren Tarifrechts TV-L sondern Abschluss auf Grundlage des geltenden BAT/BMT/MTArb